

Wird Putin einem Waffenstillstand zustimmen? Fabian Scheidler

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank fürs Einschalten und willkommen zurück zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza. Bevor ich mit diesem Interview beginne, möchte ich alle unsere YouTube-Abonnenten daran erinnern, unseren alternativen Kanälen auf Rumble, Telegram und unserem Podcast namens Podbean beizutreten. YouTube, dessen Eigentümer Google ist, hat, wie Sie aus unseren Beiträgen wissen, eine lange Geschichte des Shadow Bannings und der Zensur von Inhalten. Obwohl wir 156.000 Abonnenten auf unserem YouTube-Kanal haben, sind bisher nur 6100 auf diese alternativen Plattformen umgestiegen. Wenn wir jemals einem Shadow Ban und einer Zensur unterliegen, können wir Sie nicht mehr mit unseren Informationen erreichen, auch nicht mit einer Ankündigung. Daher bitten wir alle unsere Zuschauer vorsorglich, diesen alternativen Kanälen beizutreten. Den Link dazu finden Sie in der Beschreibung dieses Videos.

Heute spreche ich mit dem unabhängigen Journalisten Fabian Scheidler. Fabian Scheidler hat auch mehrere Bücher geschrieben, darunter *Das Ende der Megamaschine: Geschichte einer scheiternden Zivilisation*. Fabian, willkommen zurück in der Sendung.

Fabian Scheidler (FS): Danke für die Einladung.

ZR: Beginnen wir mit einer aktuellen Entwicklung in Bezug auf die Ukraine. Diese Woche hat die Ukraine während eines Besuchs in Saudi-Arabien einen Vorschlag der USA für einen 30-tägigen Waffenstillstand mit Russland angenommen. Der Vorschlag beinhaltete die Ausarbeitung eines dauerhaften Friedensplans während des Waffenstillstands. Kurz darauf nahmen die USA die Militärhilfe sowie die nachrichtendienstliche Unterstützung für die Ukraine wieder auf, die sie nach dem Vorfall im Oval Office zwischen US-Präsident Donald Trump und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj eingestellt hatten. Alle Augen waren nun auf Russland gerichtet. Und kurz vor diesem Interview äußerte Russland einige Zweifel an dem Vorschlag der USA mit der Begründung, dass es „nichts davon hätte“.

Yuri Ushakov, der leitende außenpolitische Berater des Kremls, brachte folgende Punkte vor, die ich hier umschreiben möchte: Erstens gibt dieser Waffenstillstand den Ukrainern die Möglichkeit, sich neu zu formieren, zu sammeln und weiterzumachen. Zweitens muss jede langfristige Lösung die Interessen Russlands wahren und auf dessen Bedenken eingehen. Drittens darf die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine nicht im Zusammenhang mit der Lösung dieser Krise diskutiert werden. Ein weiterer Punkt, den Russland für inakzeptabel hält, ist die Entsendung von Friedenstruppen aus anderen Staaten – die beispielsweise Frankreich und Großbritannien angeboten haben – was Russland als direkte Provokation ansieht. Dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem Russland sowohl in der Ostukraine als auch in Kursk erhebliche Fortschritte macht. In Kursk wird berichtet, dass die ukrainischen Streitkräfte Gefahr laufen, von der russischen Armee eingekesselt zu werden. Wie beurteilen Sie die Bedenken und Zweifel Russlands am Vorschlag der USA?

FS: Zunächst einmal sollten wir uns ein wenig mit der Ironie der ganzen Situation befassen. Ich meine, schauen Sie sich an, wer Trump ist – weder die Demokratische Partei unter Biden noch die Europäische Union haben in all den Jahren des Krieges, der von Anfang an hätte vermieden werden können, einen Friedensvorschlag vorgelegt. Und die Europäische Union hat keinen Friedensvorschlag gemacht. Und jetzt kommt Trump, eine außergewöhnliche Person, ein Rüpel, ein Mensch, der in vielen Angelegenheiten, wie z. B. der Migranten- und Armutproblematik in den USA, furchtbar ist, aber trotzdem einen Friedensvorschlag macht. Zudem hat er mit Russland einen Dialog aufgenommen, und das ist unglaublich wichtig. Was auch immer dabei herauskommt, sie reden wieder miteinander, und das ist äußerst wichtig, denn vor diesem Tag waren wir einem hohen Risiko eines Atomkriegs ausgesetzt. Und jetzt sprechen die Geheimdienstchefs miteinander. Trump und Putin haben miteinander gesprochen. Das ist von großer Bedeutung, weil es das Risiko eines dritten Weltkriegs senkt. Und Trump hat mit Selenskyj und dem Oval Office über dieses Risiko gesprochen. Das ist also sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung.

Was nun die Vorschläge betrifft, die auf dem Tisch liegen, so haben die Russen von Anfang an klargestellt, dass sie nicht an einem Waffenstillstand interessiert sind, weil die Ukraine dies, wie sie sagten, nutzen könnte, um sich neu zu bewaffnen. Ich meine, die Ukraine ist dabei, den Krieg zu verlieren. Sie haben die Region Kursk fast verloren. Sie verlieren täglich an Boden. Sie haben enorme Probleme, Personal für ihr Militär zu rekrutieren. Die Ukraine will selbstverständlich einen Waffenstillstand, die Russen jedoch nicht. Die Russen wollen ein Friedensabkommen, bei dem die Grundursachen angegangen werden, und das sind ihrer Meinung nach Territorium und die NATO. Das war's. Jeder Vorschlag, der diese beiden Themen nicht anspricht – jeder Kompromiss in Bezug auf das Territorium und den Ausschluss der NATO-Mitgliedschaft für die Ukraine – ist zum Scheitern verurteilt. Und die Ironie dabei ist, dass die USA und die Ukraine einen Waffenstillstandsplan ausgehandelt haben. Normalerweise verhandelt man einen Waffenstillstand mit beiden Konfliktparteien. Sie legen also einen Entwurf vor und die Russen werden von ihrer Macht Gebrauch machen. Ich meine, sie haben die militärische Oberhand und können Druck ausüben, um ein echtes Friedensabkommen zu erreichen.

ZR: Seit Donald Trump sein Amt in den USA angetreten hat, wurden eine Reihe von Vorfällen vom europäischen politischen Establishment als Wendepunkt in der NATO und den langjährigen transatlantischen Beziehungen interpretiert. Zunächst war da die Rede des US-Vizepräsidenten J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz, in der er den Angriff Europas auf die Meinungsfreiheit kritisierte. Und dann gab es den hitzigen Wortwechsel zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und Donald Trump im Oval Office, auf den ich nicht näher eingehen werde, da die meisten unserer Zuschauer diesen Wortwechsel bereits auf unserem Kanal verfolgt haben. Seitdem fordern Westeuropäer auf breiter Front den Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur und kündigen eine Remilitarisierung Europas nach der anderen an. So hat die EU-Kommissarin Ursula von der Leyen unter dem Namen „ReArm Europe“ einen Fünf-Punkte-Plan vorgeschlagen, der rund 800 Milliarden Euro für Militärausgaben mobilisieren könnte. Dabei sollen nicht nur die EU-Regeln für Staatsschulden gelockert, sondern auch Kreditfazilitäten und Darlehens- und Sanierungsprogramme auf Militärausgaben umgeleitet werden. Die Medien und das politische Establishment in Deutschland sind beispielsweise von der Darstellung überzeugt, dass der russische Präsident Wladimir Putin über die Ukraine hinaus expandieren will und Polen und sogar die baltischen Staaten im Visier hat, wodurch die Freiheit und Souveränität Europas bedroht werden. Können Sie Ihre Einschätzung zu dieser geopolitischen Verschiebung sowie zur neuen außenpolitischen Position, in der sich Europa jetzt befindet, erläutern?

FS: Ich denke, die Reaktion der Europäischen Union auf die neue Situation ist höchst irrational. In dem Moment, in dem Frieden möglich geworden ist, reden sie nur über die Wiederbewaffnung. Sie sprechen nicht über die Möglichkeiten, die ein Friedensabkommen bieten könnte. Und die ganze Vorstellung, dass Russland in die NATO einmarschieren würde, ist wirklich völlig absurd. Das können sie nicht. Es gibt eine Greenpeace-Studie, die besagt, dass die NATO-Länder zehnmal so viel haben und für das Militär ausgeben wie Russland. Man kann dieses Ungleichgewicht verringern, indem man die Kaufkraft berücksichtigt, aber die NATO ist Russland bei weitem überlegen. Und die Russen, die zwar mit ihrem Angriff auf die Ukraine rücksichtslos waren, sind keineswegs selbstmörderisch. Welchen Nutzen hätte eine Invasion der NATO? Das wäre für beide Seiten die totale Zerstörung, wenn nicht sogar ein Atomkrieg.

Ich halte die Vorstellung, dass Russland in die NATO einmarschieren wird, für völlig absurd. Anstatt sich nur auf das Militär zu konzentrieren und diese 800 Milliarden mehr für das Militär auszugeben, sollten die Europäer eine neue Sicherheitsarchitektur anstreben. Denn was sie unter Sicherheitsarchitektur verstehen, ist Konfrontation. Sie meinen nur Aufrüstung. Das ist keine Sicherheitsarchitektur. Je mehr man in die Konfrontation geht, desto unsicherer wird Europa. Was man tun muss, ist, die Beziehungen zu den Nationen wiederherzustellen, mit denen man im Konflikt steht. Es geht nicht darum, nette Beziehungen zu Freunden zu haben. Es geht darum, schwierige Beziehungen zu händeln – eine Art Entspannungspolitik mit Russland einzugehen, was jetzt möglich scheint. Auch mit China. Davon könnte Europa enorm profitieren. Aber wenn Europa weiterhin in diese Richtung steuert, wird es sich isolieren. Die NATO könnte kurz vor der Auflösung stehen. Der Zeitpunkt, an dem sie

wirklich zerbricht, ist meiner Meinung nach noch nicht gekommen. Aber Europa ist in Richtung Osten isoliert. Unter dem Druck der USA hat es die Beziehungen zu Russland gekappt. Es ist dabei, sich von China zu entkoppeln. Die Beziehungen zu den USA stehen auf dem Spiel. Europa hat sich also isoliert. Europa sollte versuchen, eine Kraft des Friedens und der Diplomatie zwischen den Blöcken, zwischen den USA, Russland und China, zu werden, denn das ist der Weg in die Zukunft. Andernfalls wird Europa sich wirtschaftlich und politisch selbst zerstören. Denn Europa kann das alles nicht bezahlen, ohne den einzigartigen europäischen Sozialstaat zu vernichten. Die Financial Times hat kürzlich einen Artikel veröffentlicht, in dem es heißt, Europa müsse sich von einem Sozialstaat in einen Kriegsstaat verwandeln. Darum geht es. Und ich denke, das ist wirklich der Weg ins Verderben.

ZR: Da Russland Zweifel äußert – und einige dies als Ablehnung des von den USA vorgeschlagenen 30-tägigen Waffenstillstands mit der Ukraine betrachten – verfestigt sich die Darstellung, dass Russland nie mit Frieden und Diplomatie betraut wurde, welche die westlichen Medien und das politische Establishment in den letzten Jahren propagiert haben, nur noch weiter. Wie sehen Sie das? War Russland nie an Frieden und Diplomatie interessiert?

FS: Die Geschichte lehrt uns, dass das völliger Unsinn ist. Wir wissen inzwischen viel über die Friedensverhandlungen, die im März und April 2022, nur wenige Wochen nach der russischen Invasion in der Ukraine, stattfanden. Und das nicht etwa aus russischen Quellen, sondern aus vielen westlichen Quellen, darunter auch von Beteiligten auf ukrainischer Seite. Vertreter aus der Schweiz, Naftali Bennett, der ehemalige Premierminister Israels, und viele andere bestätigten, dass ein Abkommen kurz vor der Unterzeichnung stand, dass es einen von der Ukraine ausgearbeiteten 10-Punkte-Plan gab und Russland bereit war, diesen zu unterzeichnen. Doch dann traf Boris Johnson am 9. April in Kiew ein, und die Verhandlungen scheiterten. Auf dem Rückweg nach Großbritannien sagte Johnson zu Reportern: „Man verhandelt nicht mit Monstern.“ Das ist also ganz klar seine Position. Keine Verhandlungen. Was auch immer darüber gesagt wurde, es ist eindeutig, dass die Verhandlungen an der Intervention des Westens gescheitert sind. Und natürlich hat Boris Johnson das nicht im Namen Großbritanniens getan, welches nur das Anhängsel der USA ist, sondern im Namen der USA. Das ist ganz klar. Russland war also bereit zu verhandeln, was ihre Ziele angeht. Und diese sind in erster Linie keine NATO-Mitgliedschaft und kein Territorium.

ZR: Ich möchte das Thema wechseln und mich auf die deutsche Politik mit Schwerpunkt auf die Außenpolitik konzentrieren. Bei der jüngsten Bundestagswahl in Deutschland gingen die Unionsparteien Christlich Demokratische Union (CDU) und Christlich-Soziale Union (CSU) mit 28,5 % der Stimmen und 208 Sitzen als stärkste Partei hervor, während die rechtsextreme Alternative für Deutschland (AfD) mit 20,8 % und 152 Sitzen deutlich zulegen konnte. Die Sozialdemokraten mussten mit 16,4 % und 120 Sitzen das schlechteste Ergebnis in der Nachkriegsgeschichte hinnehmen, während die Grünen ebenfalls auf 11,6 % und 85 Sitze zurück fielen. Im Gegensatz dazu erlebte Die Linke einen enormen Popularitätsschub und gewann 8,8 % der Stimmen und 69 Sitze, während die neu gegründete Friedens- und Antikriegspartei Bündnis Sahra Wagenknecht mit 4,97 % die 5%-Hürde knapp verfehlte und

somit keinen Sitz erhielt. Die liberale Freie Demokratische Partei FDP flog aus dem Parlament. Analysieren wir dieses Wahlergebnis aus der Perspektive von Krieg und Frieden. Wie würden Sie das deutsche Wahlergebnis aus dieser Perspektive bewerten? Sind die Stimmen für den Krieg gestärkt oder geschwächt worden?

FS: Nun ja, es ist schon beunruhigend, dass 85 Prozent der deutschen Wähler für kriegsbefürwortende Parteien gestimmt haben. Man muss bedenken, dass die Grünen in Bezug auf die Außenpolitik mittlerweile eine neokonservative Partei sind. Ich habe einen ausführlichen Artikel darüber für Le Monde Diplomatique in vielen Sprachen geschrieben, in dem ich die Entwicklung der Grünen erzähle, die früher eine Friedenspartei waren, welche in den 80er Jahren für die Beendigung der NATO und des Warschauer Pakts und dergleichen eintraten, und die sich dann zu einer Partei von Kriegstreibern entwickelten, welche Verhandlungen ablehnen, und für grenzenlose Aufrüstung eintreten usw. Die Sozialdemokratische Partei, die in den 70er Jahren unter Willy Brandt eine Partei der Détente war – Willy Brandt erhielt dafür den Friedensnobelpreis – hat sich, wenn auch zögerlich, der Wiederbewaffnung angeschlossen. Bundeskanzler Scholz hat dieses 100-Milliarden-Paket durch den Bundestag gebracht. Und natürlich ist die CDU eine Kriegs- und Aufrüstungspartei, ebenso wie die AfD. Zwar wollen sie bessere Beziehungen zu Russland und den Krieg dort beenden, aber sie haben sogar gesagt, dass sie 5 % des BIP für die Armee wollen.

Wenn man jetzt von 2 % oder 3,5 % hört, wie es Robert Habeck, der Vorsitzende der Grünen, vorgeschlagen hat, oder 5 %, dann sagt man sich: Nun, das ist wenig im Vergleich zum BIP. Man muss das aber in Haushaltsbegriffen betrachten. Der deutsche Haushalt macht etwa ein Zehntel des BIP aus. Wenn man also 3,5 % des BIP für die Armee ausgibt, sind das 35 % des Staatshaushalts. Und dafür muss man praktisch alles andere kürzen. Es ist wirklich erstaunlich, dass die Grünen eine solche Position eingenommen haben, denn die Armee ist der zerstörerischste Wirtschaftszweig, was Klima und Umwelt betrifft. Bei einer solchen Aufrüstung muss man alle Programme für Klimaschutz und Umwelt kürzen. Man muss die Sozialleistungen und alles andere drastisch kürzen. Die eigentliche Frage ist also, ob wir bereit sind, alles, was in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg erreicht wurde – oder sogar noch länger zurück, was die sozialen Rechte, den Wohlfahrtsstaat und den Umweltschutz betrifft – für diese sinnlose Aufrüstung zu opfern? Die wir nicht brauchen, weil wir eine neue Sicherheitsarchitektur aufbauen können, die auf Diplomatie basiert. Aus dieser Perspektive sind das traurige Nachrichten.

Die Linke hatte in der Vergangenheit einige widersprüchliche Positionen. Bei den Waffenlieferungen an die Ukraine waren sie sich nicht so sicher, auch nicht in Bezug auf den Gaza-Krieg, und deshalb ist es meiner Meinung nach ein Glück, dass sie an Stärke gewonnen haben. Ihr Programm ist ziemlich fortschrittlich. Sie fordern tatsächlich die Auflösung der NATO, was interessant ist, aber ich weiß nicht, wie sie sich in der praktischen Politik positionieren werden. Was wir jetzt haben, ist die Situation, dass CDU und SPD eine Koalition bilden wollen, die den alten Bundestag durchsetzen möchten, der allerdings nicht gewählt ist – wir hatten zwar Wahlen, aber der alte Bundestag ist noch im Amt, bis der neue

Bundestag gebildet wird – und sie wollen den alten Bundestag ohne jegliche Legitimation durchsetzen, eine Änderung des deutschen Grundgesetzes, die jegliche Beschränkung der Rüstung aufheben würde. Was wir haben, ist die sogenannte Schuldenbremse, die von Anfang an eine schlechte Idee war, um die Staatsverschuldung auf 60 % des BIP zu begrenzen. Aber sie wollen nur die Begrenzungen für das Militär abschaffen und nicht für alle möglichen anderen Investitionen in die Zukunft. Und das ist zutiefst beunruhigend. Jetzt wird darüber diskutiert, ob die Grünen ihnen beistimmen werden oder nicht.

ZR: Sie haben erwähnt, dass die Sozialdemokraten und die Konservativen versuchen, einen speziellen Militärfonds einzurichten, indem sie das alte, scheidende Parlament nutzen. Sogar die Alternative für Deutschland, AfD, und Die Linke stellen die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen vor dem Bundesverfassungsgericht in Frage. Sie behaupten, dass so bedeutende Verfassungsänderungen und umfangreiche Investitionen nicht vom scheidenden alten Parlament beschlossen werden sollte. Außerdem sei den Abgeordneten nicht genügend Zeit eingeräumt worden, um diesen Plan zu prüfen. Könnten Sie etwas zu diesem 500 Milliarden Euro schweren Sonderfonds sagen, der über einen Zeitraum von zehn Jahren laufen soll? Es herrscht große Verwirrung, was die Frage angeht, ob dieser Fonds in die Infrastruktur oder in die nationale Sicherheit fließen soll. Mit anderen Worten: in das Militär. Können Sie das genauer ausführen und eine umfassende Einschätzung dieses Militärfonds geben und erläutern, welche Auswirkungen es auf die Demokratie hätte, wenn dieses Gesetz noch vom alten Parlament verabschiedet würde?

FS: Zunächst einmal ist dies in Bezug auf die Demokratie wirklich eine Schande. Die Wähler haben entschieden, ob uns das Ergebnis gefällt oder nicht. Ich denke, Maßnahmen dieser Größenordnung und Relevanz sollten vom neu gewählten Parlament verabschiedet werden. Und ich finde es völlig richtig, dass das Bundesverfassungsgericht dies in Frage gestellt hat. Wir werden sehen, was sie tun. Das Bundesverfassungsgericht könnte sogar verhindern, dass der Bundestag wieder zusammentritt, um darüber abzustimmen. Wir werden sehen. Nächste Woche soll es soweit sein. Inhaltlich ist das 500-Milliarden-Paket für die Infrastruktur vorgesehen. Und was sie für das Militär tun wollen, soll über den regulären Haushalt laufen, aber ohne jegliche Begrenzung. Das heißt, die Schuldenbremse soll nur für das Militär aufgehoben werden. Und ich finde, das ist ein komplett irrsinniger Deal, der von den Sozialdemokraten schlecht verhandelt wurde. Denn wir sollten die Schuldenbremse sowieso abschaffen, aber für alle Bereiche. Wir brauchen Investitionen in die Zukunft. Investitionen in das Militär sind keine Investitionen in die Zukunft. Wir brauchen Investitionen in das soziale Wohlergehen, in eine soziale und ökologische Umgestaltung dieses Landes und der Wirtschaft. Und das sollte in unseren Verfassungen erlaubt sein und nicht eine grenzenlose Aufrüstung.

Was die 500 Milliarden angeht, nun, das ist nur ein Trick, denn es steht nirgendwo, dass diese 500 Milliarden zusätzlich zum regulären Haushalt sind. Was eine neue Regierung also tun könnte, ist, zu sagen: Wir geben alles für das Militär und für diese sozialen und ökologischen Dinge aus, naja, dafür haben wir ja diesen Fonds, also brauchen wir den regulären Haushalt nicht oder wir kürzen diesen halt. Letztendlich könnte das dazu führen, dass es kein neues

Geld für die wirklich marode Infrastruktur in Deutschland gibt. Denken Sie daran, dass Merkel und auch Schröder, die sozialdemokratische und grüne Regierung, die deutsche Infrastruktur wirklich zerstört haben. Die deutsche Bahn ist in einem desolaten Zustand, es wird nicht investiert, und viele andere Infrastrukturen sind es auch. Und wenn man es in Bezug auf Zeit und Geld betrachtet, sind 500 Milliarden über 10 Jahre nicht so viel. Das sind 50 Milliarden pro Jahr. Das ist viel weniger als für das Militär. Und es ist kein zusätzliches Geld.

Es ist also ein sehr schlechtes Geschäft und sollte rückgängig gemacht werden. Wir sollten die Schuldenbremse abschaffen und dann im regulären Haushalt Geld für Infrastruktur und Klimaschutz haben. Und das eigentliche Problem, über das überhaupt nicht gesprochen wird, ist, dass wir in diesem Land eine wachsende Zahl von Millionären und Milliardären haben, die nicht wirklich besteuert werden. Und anstatt immer mehr Schulden zu machen, sollten wir sie besteuern. Wir sollten die Reichen besteuern, damit wir die Investitionen bezahlen können, die wir in Zukunft brauchen. Darüber spricht niemand, außer manchmal Die Linke, aber auch nicht besonders laut. Weder die Grünen noch die Sozialdemokraten erwähnen das, und das ist der Elefant im Raum.

ZR: Abschließend noch eine Frage: Sie waren einer der ersten europäischen Journalisten, der Seymour Hersh interviewt hat, den mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichneten Journalisten, der 2023 die Story veröffentlichte, dass die USA die Nord-Stream-Pipeline im Rahmen einer geheimen CIA-Operation gesprengt haben. Ich werde dieses Interview für diejenigen Zuschauer, die es auf unserem Kanal verpasst haben, verlinken. Mir scheint, dass das politische und mediale Establishment in Deutschland einfach einen der größten Akte von Umweltsabotage und Terrorismus in der modernen Geschichte vergessen will. Wir von AcTVism Munich als unabhängiges journalistisches Medium halten es jedoch für äußerst wichtig, diese Story nicht aus den Augen zu verlieren, auch wenn die Aufmerksamkeit und das Interesse daran größtenteils abgeklungen sind. Könnten Sie einen kurzen Überblick über die vorherrschenden Nord-Stream-Theorien geben und sich dann darauf konzentrieren, was unsere Regierungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten hätten tun können, um die Verantwortlichen vor Gericht zu bringen?

FS: Grundsätzlich gab es in den letzten Jahren drei verschiedene Sichtweisen. Eine davon war, Russland sei dafür verantwortlich, aber dafür gibt es keine Beweise. Selbst die amerikanischen Geheimdienste und die Washington Post und alle anderen sagten, dass es weder ein Motiv noch Beweise dafür gibt. Das scheint also Unsinn zu sein. Es gibt also zwei andere Erzählungen, die ernsthaft in Betracht gezogen werden sollten. Eine davon ist das, was Seymour Hersh berichtet hat, nämlich dass die USA direkt dafür verantwortlich waren, und dass Biden die Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines angeordnet hat. Das würde auch mit dem übereinstimmen, was Biden in einer Pressekonferenz im Weißen Haus gesagt hat, als er neben Olaf Scholz stand. Er beantwortete die Frage, was passieren würde, wenn Russland in die Ukraine einmarschieren würde. Und er sagte, nun, wir würden die Nord Stream stilllegen. Er sagte es sehr unverblümt. Man kann es nicht unmissverständlicher sagen. Es ist also durchaus möglich. Und wissen Sie, der Seymour-Hersh-Bericht wurde nie widerlegt. Es

gab viele Versuche, ihn mit Hilfe von Open-Source-Informationen oder was auch immer zu widerlegen. Und ich habe ausführlich über diesen langen Artikel in Le Monde Diplomatique und in anderen Medien geschrieben. Und dennoch stimmt Hershs Story mit allen anderen uns bekannten Daten überein. Es könnte so passiert sein. Wir wissen aber nicht mit Sicherheit, ob es so war.

Und dann kamen sie – die New York Times, Die Zeit und andere Zeitungen – mit dieser Segelboot-Story an, der Andromeda, und dass die Aktion von sechs Leuten in einem recht improvisierten Stil durchgeführt wurde. Und diese Story besagt, dass am Ende des Tages Saluschnyj, der ehemalige Chef der ukrainischen Armee, dafür verantwortlich war, und es gibt widersprüchliche Berichte darüber, ob Selenskyj dem zugestimmt hat oder nicht oder was auch immer. Ich halte es also für technisch auch möglich, dass es so passiert ist. Die Ukraine hätte es so machen können, obwohl ich es für weniger wahrscheinlich halte. Doch es wäre im Bereich des Möglichen gewesen. Das Entscheidende ist jedoch, dass sie es nicht ohne die USA hätten tun können. Die USA wussten mit Sicherheit davon. Sie überwachen die Ostsee umfassend. Die Ostsee ist eines der am meisten und besten überwachten Gewässer der Welt. Sie haben Unterwasserüberwachung, einfach alles. Sogar die ukrainische Infrastruktur wird tiefgreifend überwacht, der ukrainische Geheimdienst, der eng mit dem US-Geheimdienst verflochten ist, und so weiter und so fort. Die USA wussten also zumindest davon, und höchstwahrscheinlich waren sie daran beteiligt, wenn es wirklich die Ukraine war.

Es gibt also mehrere mögliche Verbindungen zwischen der Seymour-Hersh-Story und der Andromeda-Story. Eine davon ist, dass die Seymour-Hersh-Version der erste Plan war und sie dann geändert wurde und man sich dann für die Segelboot-Version entschied. Eine andere Möglichkeit, die bei CIA-Operationen recht häufig vorkommt, ist, dass sie einen Ablenkungsmanöver planten. Also haben sie diese ganze Segelboot-Sache inszeniert – ich will damit sagen, diese Leute haben tatsächlich diesen Ausflug gemacht, sie waren in der Nähe von Bornholm und so weiter. Und für den Fall, dass es ein Leak über das eigentliche Thema geben würde, hätten sie etwas, auf das sie mit dem Finger zeigen könnten. Und das Interessante daran ist, dass die gesamte westliche Presse zunächst einmal Russland die Schuld gab, was völlig irrational war, da es kein Motiv, keine Beweise, rein gar nichts gab. Dann wurde Hersh komplett ignoriert, das war schon interessant. Sie taten ihn als Verschwörungstheoretiker ab, obwohl Hersh in seiner Karriere eigentlich immer Recht hatte. Und dann kam diese Segelboot-Story und sie gingen dabei immer mehr ins Detail. Wenn man also die Leute verwirren will, würde ich es so machen. Also belassen wir es dabei. Letztendlich waren es westliche Mächte, enge Verbündete Deutschlands, ob die Ukraine oder die USA oder beide zusammen, die wichtige Infrastruktur in Deutschland bombardiert haben. Und ich meine, das ist wirklich die Ironie des Ganzen, dass unsere Verbündeten unsere eigene Infrastruktur auf die eine oder andere Weise bombardiert haben.

ZR: Fabian Scheidler, Autor und Journalist, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

FS: Es war mir ein Vergnügen, Zain.

ZR: Und vielen Dank, dass Sie heute eingeschaltet haben. Wenn Sie sich dieses Video bis zum Ende angesehen haben, nehmen Sie sich bitte einen Moment Zeit und unterstützen Sie uns mit einer kleinen Spende. Wir sind eine unabhängige und gemeinnützige Medienorganisation, die kein Geld von Konzernen oder Regierungen annimmt und nicht einmal Werbung zulässt. Unser Ziel ist es, unabhängig zu bleiben und Ihnen Informationen zu bieten, die frei von jeglichem externen Einfluss sind. Daher sind wir auf Sie, unsere Zuschauer, angewiesen, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus fortzusetzen. Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und dass Sie eingeschaltet haben. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza. Bis zum nächsten Mal.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:

Kontoinhaber: acTVism München e.V.
Bank: GLS Bank
IBAN: DE89430609678224073600
BIC: GENODEM1GLS

PAYPAL:

E-Mail: PayPal@acTVism.org
g

PATREON:

<https://www.patreon.com/acTVism>
m

BETTERPLACE:

Link: [Klicken Sie hier](#)

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar. Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org
